

Vereinsstatuten für den Verein zur Förderung des Familien- und Begegnungszentrums

§ 1 Name, Sitz und Tätigkeit

Der Verein führt den Namen „Verein zur Förderung des Familien- und Begegnungszentrums“ und hat seinen Sitz in Irnding. Seine Tätigkeiten erstrecken sich vorrangig auf das Bundesland Steiermark, insbesondere auf den Bezirk Liezen.

§ 2 Zweck

Der Verein ist nicht auf Gewinn gerichtet und in allen Belangen gemeinnützig im Sinne der Bundesabgabenordnung; er bezweckt generationenübergreifend die Unterstützung von Familien, deren Vernetzung sowie Durchführung kultureller, sportlicher, pädagogischer und erzieherischer Bildungsangebote. Ziele dieser Tätigkeit sind:

- ein neutraler Begegnungsort für Familien mit Kindern, sowie für alle Generationen
- Unterstützung und Anerkennung der Mütter und Väter in ihrer Erziehungsarbeit
- Begleitung vom Kinderwunsch über die Schwangerschaft bis nach der Geburt
- Angebote für Kinder und Jugendliche
- familienorientierte Betreuungsmöglichkeiten für Kinder
- Vernetzung der Eltern und in der Familienarbeit tätige Institutionen
- Informationsdrehscheibe
- kostengünstige Dienstleistungen
- Angebote zur Nutzung und Ausbau der Ressourcen der Mütter und Väter
- gemeinsames Haus aller im Bereich der Familienarbeit tätigen Institutionen, wobei die Trägerschaft dieser Institutionen auch selbstständig sein kann (eigener Verein, Zweckverband, Stiftung etc.)
- Stärkung der generationsübergreifenden Zusammenarbeit

§ 3 Mittel zur Verwirklichung des Vereinszwecks

Der ausschließlich gemeinnützige Vereinszweck soll durch folgende **ideelle Mittel** erreicht werden:

- a. Gruppen für alle Generationen; insbesondere für werdende Mütter und Väter, Familien mit (Klein-)kindern
- b. Abhalten von Vorträgen, Kursen, Workshops, Schulungen und diversen Veranstaltungen, vereinsorientierte Aus- und Fortbildung, Trainings;
- c. Betreiben von diversen Spielgruppen und Eltern- Kind- Gruppen
- d. Organisation offener Treffpunkte
- e. Betreiben bzw. Zusammenarbeit mit einer öffentlichen Beratungsstelle gemäß dem Bundesgesetz zur Förderung der Familienberatung (Familienberatungsgesetz BGBl. 80/1974) sowie weiterer Beratungsstellen (z.B. Frauen-, Ernährungs-, Suchtpräventions- und Medienkompetenz-Beratung), Einzel- und Gruppenberatungen
- f. Aufbau eines Netzwerkes zur psycho-sozialen Betreuung, Beratung und Prävention
- g. Öffentlichkeitsarbeit, Herausgabe von Informationsmaterial sowie Bewusstseinsbildung
- h. Pflege von Verbindungen mit ähnlichen Vereinen und Körperschaften
- i. Teilnahme an wissenschaftlichen Veranstaltungen im In- und Ausland
- j. Einrichtung einer einschlägigen Bibliothek, Ludothek und Mediathek;
- k. Aufbau eines Verleih- und Tauschsystems für Familien
- l. Lobbyarbeit für werdende Mütter und Väter sowie Familien mit Kleinkindern und die generationsübergreifende Zusammenarbeit

Die erforderlichen **materiellen Mittel** für die in § 2 angeführten Zwecke werden durch:

Mitgliedsbeiträge, Kursgebühren, Subventionen, Förderungen, Spenden, Bausteinaktionen, Flohmärkte und Basare, Erträge aus Vermietung/Verpachtung und der Vermögensverwaltung, Sammlungen, Vermächtnisse und sonstige Zuwendungen aufgebracht.

§ 4 Arten der Mitgliedschaft

(1) Die Mitglieder des Vereins gliedern sich in ordentliche Mitglieder, Ehrenmitglieder und Fördermitglieder.

(2) Ehrenmitglieder sind Personen, die aufgrund von besonderen Verdiensten rund um den Verein auf Vorschlag des Vorstandes von der Generalversammlung ernannt werden. Sie sind von der Entrichtung des Mitgliedsbeitrags befreit.

(3) Fördermitglieder sind natürliche oder juristische Personen, welche die Grundanliegen des Vereins ideell oder finanziell unterstützen. Deren Rechte werden in individuellen Verträgen zwischen dem Verein und eben diesen festgelegt (z.B. Werbeauftritt auf der Homepage, ...)

§ 5 Erwerb der Mitgliedschaft

(1) Mitglieder des Vereins können alle natürlichen und juristische Personen werden, die den Zweck des Vereins bejahen.

(2) Über die Aufnahme von ordentlichen Mitgliedern und Fördermitgliedern entscheidet der Vorstand. Die Aufnahme kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden.

(3) Die Ernennung zum Ehrenmitglied erfolgt auf Antrag des Vorstandes durch die Generalversammlung.

§ 6 Beendigung der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft erlischt durch den Tod, bei juristischen Personen und rechtsfähigen Personengesellschaften durch Verlust der Rechtspersönlichkeit, durch freiwilligen Austritt und durch den Ausschluss.

(2) Der Austritt kann nur mit Jahresende erfolgen. Er muss dem Vorstand mindestens 1 Monat vorher schriftlich mitgeteilt werden. Erfolgt die Anzeige verspätet, so ist sie erst zum nächsten Austrittstermin wirksam. Für die Rechtzeitigkeit ist das Datum der Postaufgabe maßgeblich.

(3) Der Vorstand kann ein Mitglied ausschließen, wenn dieses trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung unter Setzung einer angemessenen Nachfrist länger als sechs Monate mit der Zahlung der Mitgliedsbeiträge im Rückstand ist. Die Verpflichtung der fällig gewordenen Mitgliedsbeiträge bleibt hiervon unberührt.

(4) Der Ausschluss eines Mitglieds aus dem Verein kann vom Vorstand auch wegen grober Verletzung anderer Mitgliedspflichten und wegen unehrenhaften Verhaltens verfügt werden. Gegen den Ausschluss ist die Berufung an das Schiedsgericht zulässig, bis zu dessen Entscheidung die Mitgliedsrechte ruhen.

(5) Die Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft kann aus den im Abs. 4 genannten Gründen von der Generalversammlung über Antrag des Vorstands beschlossen werden.

§ 7 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Die Mitglieder sind berechtigt, an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen, die Einrichtungen des Vereins zu beanspruchen und alle einschlägigen Werbemittel des Vereines zu benützen. Das Stimmrecht in der Generalversammlung sowie das aktive und passive Wahlrecht stehen nur den ordentlichen Mitgliedern und den Ehrenmitgliedern zu.
- (2) Jedes Mitglied ist berechtigt, vom Vorstand die Ausfolgung der Statuten zu verlangen.
- (3) Mindestens ein Zehntel der Mitglieder kann vom Vorstand die Einberufung einer Generalsammlung verlangen.
- (4) Die Mitglieder sind in jeder Generalversammlung vom Vorstand über die Tätigkeit und finanzielle Gebarung des Vereins zu informieren. Wenn mindestens ein Zehntel der Mitglieder dies unter Angabe von Gründen verlangt, hat der Vorstand den betreffenden Mitgliedern eine solche Information auch sonst binnen vier Wochen zu geben.
- (5) Die Mitglieder sind vom Vorstand über den geprüften Rechnungsabschluss zu informieren. Geschieht dies in der Generalversammlung, sind die Rechnungsprüfer einzubinden.
- (6) Die Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereins nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, wodurch das Ansehen und der Zweck des Vereins Abbruch erleiden könnte. Sie haben die Vereinsstatuten und die Beschlüsse der Vereinsorgane zu beachten. Die ordentlichen Mitglieder und die Fördermitglieder sind zur pünktlichen Zahlung der Beitrittsgebühr und der Mitgliedsbeiträge in der beschlossenen Höhe verpflichtet.

§ 8 Vereinsorgane

Organe des Vereins sind die Generalversammlung (§§9 und 10), der Vorstand (§§11 bis 13, die Rechnungsprüfer (§14) und das Schiedsgericht (§15).

§ 9 Generalversammlung

Die Generalversammlung ist die „Mitgliederversammlung“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002.

- (1) Eine ordentliche Generalversammlung des Vereins findet alle 4 Jahre statt und ist vom Vorstand einzuberufen.
- (2) Eine außerordentliche Generalversammlung findet binnen 4 Wochen statt auf a) Beschluss des Vorstandes oder der ordentlichen Generalversammlung, b) Schriftlichen Antrag von mindestens einem Zehntel der Mitglieder, c) Verlangen der Rechnungsprüfer
- (3) Sowohl zu den ordentlichen wie auch den außerordentlichen Generalversammlungen sind alle Mitglieder mindestens zwei Wochen vor dem Termin schriftlich oder per E-Mail (an die vom Mitglied dem Verein bekanntgegebene E-Mail-Adresse) einzuladen. Die

Anberaumung der Generalversammlung hat unter Angabe der Tagesordnung zu erfolgen. Die Einberufung erfolgt durch den Vorstand.

(4) Anträge zur Generalversammlung sind mindestens drei Tage vor dem Termin der Generalversammlung beim Vorstand schriftlich oder per E-Mail einzureichen. Die endgültige Tagesordnung wird zu Beginn der Generalversammlung bekannt gegeben.

(5) Gültige Beschlüsse – ausgenommen solche über einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung – können nur zur Tagesordnung gefasst werden.

(6) Bei der Generalversammlung sind alle Mitglieder teilnahmeberechtigt.

(7) Stimmberechtigt sind nur die ordentlichen und die Ehrenmitglieder. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Die Übertragung des Stimmrechts auf ein anderes Mitglied im Wege einer Bevollmächtigung ist zulässig.

(8) Die Generalversammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen beschlussfähig.

(9) Die Wahlen und die Beschlussfassungen in der Generalversammlung erfolgen in der Regel mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Stimmenthaltungen werden nicht berücksichtigt. Bei Stimmgleichheit entscheidet der Vorsitzende. Beschlüsse, mit denen das Statut des Vereins geändert oder der Verein aufgelöst werden soll, bedürfen jedoch einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen.

(10) Den Vorsitz in der Generalversammlung führt die/der Obfrau/Obmann, in deren Verhinderung ihr/e Stellvertreter/in. Wenn auch diese verhindert ist, so führt das an Mitgliedsjahren älteste anwesende Vorstandsmitglied den Vorsitz oder jenes Vorstandsmitglied, das die übrigen Vorstandsmitglieder mehrheitlich dazu bestimmen.

§ 10 Aufgaben der Generalversammlung

Der Generalversammlung sind folgende Aufgaben vorbehalten:

- (1) Beschlussfassung über den Voranschlag;
- (2) Entgegennahme und Genehmigung des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsabschlusses unter Einbindung der Rechnungsprüfer;
- (3) Wahl und Enthebung der Mitglieder des Vorstands und der Rechnungsprüfer;
- (4) Genehmigung von Rechtsgeschäften zwischen Rechnungsprüfern und Verein;
- (5) Entlastung des Vorstands;
- (6) Verleihung und Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft;
- (7) Beschlussfassung über Statutenänderungen und die freiwillige Auflösung des Vereins;
- (8) Beratung und Beschlussfassung über sonstige auf der Tagesordnung stehende Fragen

§ 11 Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus mindestens vier Mitgliedern, und zwar aus Obfrau/Obmann und StellvertreterIn, SchriftführerIn, KassiererIn. Zusätzlich können dem Vorstand weitere Mitglieder angehören, sofern es die Vereinsarbeit im Sinne der Erreichung des Vereinszwecks erfordert. Der Vorstand kann bis zu vier weitere Personen in den Vorstand berufen.

(2) Der Vorstand wird von der Generalversammlung gewählt. Der Vorstand hat bei Ausscheiden eines gewählten Mitglieds das Recht, an seine Stelle ein anderes wählbares Mitglied zu kooptieren, wozu die nachträgliche Genehmigung in der nächstfolgenden Generalversammlung einzuholen ist. Fällt der Vorstand ohne Selbstergänzung durch Kooptierung überhaupt oder auf unvorhersehbar lange Zeit aus, so ist jede/r Rechnungsprüfer/in verpflichtet, unverzüglich eine außerordentliche Generalversammlung zum Zweck der Neuwahl eines Vorstands einzuberufen. Sollten auch die Rechnungsprüfer handlungsunfähig sein, hat jedes ordentliche Mitglied, das die Notsituation erkennt, unverzüglich die Bestellung eines Kurators beim zuständigen Gericht zu beantragen, der umgehend eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen hat.

(3) Die Funktionsperiode des Vorstandes beträgt 4 Jahre; sie bleiben jedoch bis zur Neuwahl des Vorstandes in ihrer Funktion. Wiederwahl ist möglich. Jede Funktion im Vorstand ist persönlich auszuüben.

(4) Der Vorstand wird von der Obfrau/Obmann, bei Verhinderung von ihrer/seiner Stellvertreter/in, schriftlich oder mündlich einberufen. Ist auch diese auf unvorhersehbar lange Zeit verhindert, darf jedes sonstige Vorstandsmitglied den Vorstand einberufen.

(5) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle seine Mitglieder eingeladen wurden und mindestens die Hälfte von ihnen anwesend ist.

(6) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit; Stimmenthaltungen werden nicht berücksichtigt; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der Obfrau/Obmann den Ausschlag.

(7) Den Vorsitz führt die Obfrau/Obmann, bei Verhinderung ihre/seine Stellvertreter/in. Ist auch diese/r verhindert, obliegt der Vorsitz dem an Mitgliedsjahren ältesten anwesenden Vorstandsmitglied oder jenem Vorstandsmitglied, das die übrigen Vorstandsmitglieder mehrheitlich dazu bestimmen.

(8) Außer durch den Tod und Ablauf der Funktionsperiode (Abs.3) erlischt die Funktion eines Vorstandmitgliedes durch Enthebung (Abs.10) und Rücktritt (Abs.11).

(9) Die Generalversammlung kann jederzeit den gesamten Vorstand oder einzelne seiner Mitglieder entheben. Die Enthebung tritt mit Bestellung des neuen Vorstandes bzw. Vorstandsmitgliedes in Kraft.

(10) Der Vorstand kann zur Beratung Beiräte aus den verschiedenen Bereichen hinzuziehen. Beiräte haben jedoch kein Stimmrecht.

(10) Die Vorstandsmitglieder können jederzeit schriftlich ihren Rücktritt erklären. Die Rücktrittserklärung ist an den Vorstand, im Falle des Rücktritts des gesamten Vorstands an die Generalversammlung zu richten.

§ 12 Aufgaben des Vorstands

Dem Vorstand obliegt die Leitung des Vereins. Er ist das „Leitungsorgan“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002.

Der Vorstand tritt nach Bedarf zusammen, mindestens jedoch einmal jährlich. Ihm kommen alle Aufgaben zu, die nicht durch die Statuten einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. In seinen Wirkungsbereich fallen insbesondere folgende Angelegenheiten:

- (1) Einrichtung eines den Anforderungen des Vereins entsprechenden Rechnungswesens mit laufender Aufzeichnung der Einnahmen/Ausgaben und Führung eines Vermögensverzeichnisses als Mindestanforderung.
- (2) Erstellung des Jahresvoranschlags, des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsabschlusses.
- (3) Vorbereitung und Einberufung der Generalversammlung
- (4) Information der Vereinsmitglieder über die Vereinstätigkeit, die Vereinsgebarung und den geprüften Rechnungsabschluss.
- (5) Verwaltung des Vereinsvermögens
- (6) Aufnahme und Ausschluss von ordentlichen Vereinsmitgliedern und Fördermitgliedern
- (7) Aufnahme und Kündigung von Angestellten des Vereins
- (8) Festlegung der Höhe des Mitgliedsbeitrages und der Beitrittsgebühr
- (9) Festlegung von Kursgebühren

§ 13 Besondere Obliegenheiten einzelner Vorstandsmitglieder

- (1) Die/der Obfrau/Obmann führt die laufenden Geschäfte des Vereins. Die weiteren Vorstandsmitglieder unterstützen die/den Obfrau/Obmann bei der Führung der Vereinsgeschäfte.
- (2) Die/der Obfrau/Obmann vertritt den Verein nach außen. Schriftliche Ausfertigungen des Vereins bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Unterschrift der/des Obfrau/Obmann, in Geldangelegenheiten der/des Obfrau/Obmann und des/der Kassierers/in. Rechtsgeschäfte zwischen Vorstandsmitgliedern und Verein bedürfen der Zustimmung eines anderen Vorstandsmitglieds.
- (3) Rechtsgeschäftliche Bevollmächtigungen, den Verein nach außen zu vertreten bzw. für ihn zu zeichnen, können ausschließlich von den in §13 (2) genannten Vorstandsmitgliedern erteilt werden.

(4) Bei Gefahr in Verzug ist die/der Obfrau/Obmann berechtigt, auch in Angelegenheiten, die in den Wirkungsbereich der Generalversammlung oder des Vorstands fallen, unter eigener Verantwortung selbständig Anordnungen zu treffen.

(5) Die/der Obfrau/Obmann führt den Vorsitz in der Generalversammlung und im Vorstand.

(6) Der/die Schriftführer/in führt die Protokolle der Generalversammlung und im Vorstand.

(7) Der/die Kassier/in ist für die ordnungsgemäße Geldgebarung des Vereins verantwortlich.

(8) Im Fall der Verhinderung treten an die Stelle der/des Obfrau/Obmanns, des/der Schriftführers/in oder des/der Kassierers/in seine/ihre Stellvertreter/innen.

§ 14 Rechnungsprüfer

(1) Zwei Rechnungsprüfer werden von der Generalversammlung auf die Dauer von 4 Jahren gewählt. Wiederwahl ist nur 1 Mal möglich. Die Rechnungsprüfer dürfen keinem Organ – mit Ausnahme der Generalversammlung – angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Prüfung ist. Als Rechnungsprüfer können auch Nichtmitglieder gewählt werden.

(2) Den Rechnungsprüfern obliegen die laufende Geschäftskontrolle sowie die Prüfung der Finanzgebarung des Vereins im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung und die statutengemäße Verwendung der Mittel. Der Vorstand hat den Rechnungsprüfern die erforderlichen Unterlagen vorzulegen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die Rechnungsprüfer haben dem Vorstand und der Generalversammlung über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.

(3) Rechtsgeschäfte zwischen Rechnungsprüfern und Verein bedürfen der Genehmigung der Generalversammlung. Im Übrigen gelten für die Rechnungsprüfer die Bestimmungen des § 11 Abs. 8 bis 10 sinngemäß.

§ 15 Schiedsgericht

(1) Zur Schlichtung von allen aus dem Vereinsverhältnis entstehenden Streitigkeiten ist das vereinsinterne Schiedsgericht berufen. Es ist eine „Schlichtungseinrichtung“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002.

(2) Das Schiedsgericht setzt sich aus drei ordentlichen Vereinsmitgliedern zusammen. Es wird derart gebildet, dass ein Streitteil dem Vorstand ein Mitglied als Schiedsrichter schriftlich namhaft macht. Über Aufforderung durch den Vorstand binnen sieben Tagen macht der andere Streitteil innerhalb von 14 Tagen seinerseits ein Mitglied des Schiedsgerichts namhaft. Nach Verständigung durch den Vorstand innerhalb von sieben Tagen wählen die namhaft gemachten Schiedsrichter binnen weiterer 14 Tage ein drittes ordentliches Mitglied zum/zur Vorsitzenden des Schiedsgerichts. Bei Stimmgleichheit entscheidet unter den Vorgeschlagenen das Los. Die Mitglieder des Schiedsgerichts dürfen keinem Organ – mit Ausnahme der Generalversammlung – angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Streitigkeit ist.

(3) Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidung nach Gewährung beiderseitigen Gehörs bei Anwesenheit aller seiner Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit. Es entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen. Seine Entscheidungen sind vereinsintern endgültig.

§ 16 Freiwillige Auflösung des Vereins

(1) Die freiwillige Auflösung des Vereins kann nur in einer Generalversammlung und nur mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.

(2) Diese Generalversammlung hat auch – sofern Vereinsvermögen vorhanden ist – über die Abwicklung zu beschließen. Insbesondere hat sie einen Abwickler zu berufen und Beschluss darüber zu fassen, wem dieser das nach Abdeckung der Passiven verbleibende Vereinsvermögen zu übertragen hat. Dieses Vermögen wird, soweit dies möglich und erlaubt ist, einer Organisation zugeführt, die gleiche oder ähnliche Zwecke wie dieser Verein verfolgt, sonst Zwecken der Sozialhilfe.